

Krieg der Wörter



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentral-
präsident,
Zürich

Mit Entsetzen lesen wir in den Geschichtsbüchern, wie die Nazis ihr völkermörderisches Tun mit harmlos klingenden Wörtern wie «Sonderbehandlung» oder «Endlösung» kaschierten. Schon eher lächerlich finden wir, dass die Parteilobben der DDR die Mauer, hinter der sie ihre Mitbürger ein-sperrten, als «antifaschistischen Schutzwall» bezeichneten. **Doch den meisten Zeitgenossen entgeht, wie systematisch auch heute noch die öffentliche Meinung mit perfiden Sprachregelungen manipuliert wird.** Die sattsam bekannte

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Berner Reitschule etwa, ein notorischer Stützpunkt und rechtsfreier Rückzugsraum von allerlei Krawallmachern, wird in den Medien regelmässig beschönigend «Kulturzentrum» genannt. Das Recht, für politische Anliegen im öffentlichen Raum lautstark zu demonstrieren, ist eine wichtige Säule

unserer Demokratie. **Unverständlich ist aber, dass auch Personen, die solche Anlässe zu Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende missbrauchen, in Zeitungen, Radio und Fernsehen leichtthin als «Demonstranten» bezeichnet werden.** Selbst wenn sie grosse Schäden anrichten, erfahren wir in den Nachrichten, die «Demonstration» sei «grösstenteils friedlich verlaufen». Steigern sich die Krawallbrüder zu eigentlichen Saubannerzügen, so werden sie für die Journalistenzunft zu «Aktivisten», was ein durchaus positiv besetzter Begriff ist. Fit und aktiv möchte schliesslich jedermann sein.

Langstrecken«flucht»

Auch an unseren Grenzen staut sich die Flut von Menschen, die vor allem aus den überbevölkerten und armen Ländern Nord- und Schwarzafrikas an den europäischen Wohlstandshonigtopf drängen. Dabei gibt es in einem Umkreis von sicher mehr als tausend Kilometern kein Land, in dem sie Verfolgung, Folter oder gar den Tod zu befürchten hätten.

Reisen die Menschen trotzdem weiter nach Norden, obwohl sie längst in Sicherheit wären, so sind sie ganz einfach Wohlstandsmigranten oder (ehrlicher) Kolonisatoren, aber sicher nicht «Flüchtlinge», wie es in irreführender Weise tagtäglich auf allen Medienkanälen heisst.

Wir haben es auch nicht mit einer «Flüchtlingskrise», **sondern schlicht mit einer Völkerwan-**



Anstatt von «Chaoten» oder «Krawallmachern» spricht man immer von «Demonstranten» oder gar «Aktivisten».

Spende für Erhalt der Schweiz

Liebe Gesinnungsfreunde

Im bevorstehenden Herbst werden wegweisende Entscheide gefällt. Wie will das Parlament nun die Masseneinwanderung umsetzen? Eliminiert man den Volksentscheid nun definitiv? Haben die internationalistischen Kreise sogar eine reelle Chance, die antidemokratische Rasa-Initiative vors Volk zu bringen? Wie will der Bundesrat uns den Rahmenvertrag (faktischer EU-Beitritt) schmackhaft machen? Im Zusammenhang mit solchen Fragen müssen wir Schweizer Demokraten (SD) bereit sein, entsprechend zu handeln bevor es zu spät ist. Ohne genügend finanzielle Mittel haben wir allerdings wenig Möglichkeiten, dies zu tun. Deshalb danken wir Ihnen für jede Spende zum Voraus bestens. Ihre Unterstützung ist unser Auftrag.

Ihre SD-Parteileitung

derung zu tun, die zusehends ausser Kontrolle gerät und den Fortbestand der hiesigen Kultur und Zivilisation gefährdet. Das ständige Gerede von «Flüchtlingen» und die manipulativ ausgewählten Bilder von «flüchtenden» Kindern

(ca. 80% der Migranten sind junge Männer) haben zur Folge, dass allerlei wolldecken- und kaffeekannentragende Naivlinge mit Helfersyndrom an die Grenze rennen.

Fortsetzung Seite 2

Am 22. Oktober 2016 findet im Restaurant «Dietiker» in Suhr die nächste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen. Die Parteileitung freut sich auf Sie.

Krieg der Wörter

Fortsetzung von Seite 1

Und natürlich sind da noch die «Aktivisten» (siehe Seite 1), die dümmliche Sprüche wie «no borders, no nations!» grölen, die «Flüchtlinge» gegen die Sicherheitskräfte aufhetzen und diese bei ihrer wichtigen Arbeit zum Schutze unserer Gesellschaft behindern.

Assad, der Bösewicht...

Die Amerikaner beliefern seit Jahren islamistische Milizen in Syrien mit Waffen. Auch politische Maulhelden wie der deutsche Aussenminister schwadronieren davon, dass es keine Zukunftslösung mit Assad gebe. Warum eigentlich nicht? Immerhin verkörpert Assad die legitime Regierung der Republik Syrien. Er ist gewiss kein grossartiger Demokrat und im Umgang mit seinen Gegnern keineswegs zimperlich. Aber glaubt denn wirklich irgendjemand ernsthaft, die Zustände in Syrien würden ohne Assad und dafür mit allerlei «Gotteskrieger» besser? Das jahrelange Kriegselend in Syrien ist im Wesentlichen ein Werk des Westens. Hätte dieser von Anfang an Assad unterstützt, so wäre der Krieg nach zwei Wochen zu Ende gewesen und Millionen Syrer hätten in ihrer Heimat bleiben können. Und was tun unsere Medien?

Die Medien schreiben auf ihren Lagekarten die Einflussgebiete der Vollterroristen mit *Islamischer Staat*, diejenigen der anderen Islamisten mit *Rebellen* und die von der legitimen Regierung beherrschten Gebiete negativ-tendenziös mit *Assad-Regime* an. Das ist Sprachmanipulation pur!

«Rassisten» sind die ganz Bösen

Ideologien, welche darauf beruhen, andere Völker als minderwertig einzustufen oder ihnen gar die Existenzberechtigung abzuspochen, werden zu Recht geächtet. Tatsache ist aber, dass sich die Spezies Mensch über Zehntausende von Jahren an die unterschiedlichen Lebensbedingungen angepasst hat, die auf dieser Welt herrschen. So ist eine Vielfalt von Völkern und Rassen entstanden. Erst diese Vielfalt hat es der Menschheit ermöglicht, erfolgreich den ganzen Planeten zu besiedeln. Jedes Volk dieser Welt hat deshalb das gleiche Recht, seinen angestammten Lebensraum für sich zu beanspruchen und darin in Selbstbestimmung und Würde zu leben.



Viele dieser Menschen sind keine Kriegsflüchtlinge. Somit wären es «Migranten» und nicht «Flüchtlinge».

In den vergangenen Jahrzehnten haben indessen multinationale, global tätige Konzerne faktisch den grössten Teil der politischen Macht an sich gerissen. Ihnen passt die Völkervielfalt ganz und gar nicht.

Sie hätten lieber eine englischsprechende Einheitsmischrasse von identitätslosen, entwurzelten Menschen, die wie Schachfiguren nach Belieben auf der Welt herumgeschoben werden können – immer dorthin, wo sie für die Konzerne am besten rentieren.

Wer für den Fortbestand der Völker und Kulturen einsteht, ist eine Gefahr für die Multis und wird deshalb als «Rassist» gebrandmarkt und verteufelt.

Schon den Kleinen im Kindergarten wird eingetrichtert, dass solche Menschen ganz böse sind und verurteilt werden müssen. Ein einziger unsinniger Begriff genügt damit, um das politische Geschehen tiefgreifend zu manipulieren und zwar so tiefgreifend, dass viele anständige Nationalisten heute glauben, immer zuerst beteuern zu müssen, «keine Rassisten» zu sein. Damit machen sie das üble Spiel der Globalisten ungewollt mit...

Dumm und ungebildet...

...seien die national denkenden

Menschen. Das kann man in Analysen von Wahlen und Abstimmungen regelmässig lesen. Es mag ja sein, dass Akademiker und «Führungskräfte» grossmehrerheitlich für Globalisierung und «Multikultur» sind. Das hat aber nichts mit ihrer Intelligenz und Bildung zu tun, sondern liegt daran, dass in diesen Kreisen auch die meisten Profiteure der genannten Fehlentwicklungen anzutreffen sind. Doch täuschen wir uns nicht: Auch diese Art von Manipulation wirkt, denn schliesslich will ja kaum jemand dumm und ungebildet oder wie es auf «Denglisch» heisst, ein «Loser» sein. Also heulen viele mit den Wölfen.

Weg mit der Biologie, freie Wahl des Geschlechts!

Jeder Mensch ist aufgrund seiner Chromosomen von Geburt an entweder männlichen oder weiblichen Geschlechts.

Doch neuerdings gibt es eine «Gender»-Ideologie, die nichts weniger behauptet, als dass uns erst die böse Gesellschaft zu Buben oder Mädchen «zwangserziehe». Um das zu ändern, soll man bitte nicht mehr Bäckerin oder Bäcker, sondern Bäckx schreiben.

Kaum zu glauben, aber es gibt Universitäten, welche für diesen antiwissenschaftlichen Unsinn einen Lehrstuhl einrichten! Und

wenn die Schwulen- und Feministenlobby das schafft, dürfen neoliberale Anhänger eines entfesselten, rücksichtslosen Kapitalismus natürlich nicht zurückstehen: Reformen haben normalerweise zum Ziel, Veraltetes und Überholtes durch Neues und Besseres zu ersetzen. Im Vokabular rechtsbürgerlicher Politiker bedeuten sie etwas anderes: Sozialabbau überall, malochen bis 70, bei miesem Lohn und immer weniger Rente, auf dass die Millionäre zu Milliarden werden!

Nicht in die Falle tappen!

Das Heimtückische an der Sprachmanipulation ist, dass sie sich in den allgemeinen Wortschatz einschleicht. So betonen plötzlich bodenständige, national und sozial gesinnte Menschen, dass sie «keine Rassisten» seien, die «Flüchtlinge» konsequent zurückweisen wollen. Und natürlich seien «Reformen» unvermeidlich und auch «moderne» Ideen wie die «Gender»-Theorie im Bildungswesen müssten ihren Platz haben. Und damit haben die Manipulatoren dann auch schon gewonnen.

Es ist darum höchste Zeit, gegen die heimat- und gesellschaftszerstörenden Sprachverdrehungen anzutreten, auch wenn wir deswegen als Bösewichte hingestellt werden!

«AHVplus» ist dringend nötig



Margrit
Neukomm,
Stadtrats-
kandidatin,
Zentralvize-
präsidentin,
Bern

Die obligatorische Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) wurde 1948 eingeführt und ist das bedeutendste Sozialwerk der Schweiz. Sie sichert allen Einwohnern eine Altersrente zu, welche das Existenzminimum decken soll. Lediglich im Jahr 1973 wurden die Renten erhöht, während die Arbeitslöhne seither weiterhin gestiegen sind.

Die jährlich steigenden Krankenversicherungsprämien und die höheren Mietzinse sind die Ursache, dass viele AHV-Rentner trotz Ergänzungsleistungen gezwungen sind, in relativer Armut zu leben.

Für das Jahr 2017 werden die Krankenkassenprämien erneut um 5% erhöht, was alle Seniorenhaushalte besonders stark belastet. Alleinstehende ältere Frauen, die Kinder aufzogen und nur Teilzeit arbeiten konnten, sind besonders benachteiligt. Sie leben fast unbemerkt vor den Augen der Öffentlichkeit an der Armutsgrenze.

Wer nur von der AHV-Rente lebt, muss sich einschränken, da wird schon eine Zahnarztrechnung zum Problem.

Auch Rentner mit einer Pensionskasse erleiden empfindliche Einbussen, da der Mindestumwandlungssatz bei der zweiten Säule ständig sinkt. Die Folgen sind eine Reduzierung der Renten bis 20%. Eine höhere AHV-Rente wäre ein fairer Ausgleich dafür.

Die Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»

Es wäre nur gerecht, wenn unsere Senioren, die meist ihr Leben lang hart gearbeitet haben, endlich eine höhere AHV-Rente erhielten! Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) verlangt mit der



Zahlreiche Rentner sind heute von Armut betroffen.

Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV», dass alle Altersrenten um 10% erhöht werden. Dies wäre eine deutliche Erleichterung für viele ältere Menschen. Dafür ist ein Betrag von 4 Milliarden Franken für das Jahr 2018 nötig, **der mit nur je 0,4% zusätzlichem Lohnabzug vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert werden könnte. Der Lohnabzug betrüge dann neu je 4,6% statt 4,2%.** Das sollte doch realisierbar sein!

Zusätzlich ergäben sich bei den Ergänzungsleistungen Einsparungen, da diese bei vielen Rentenbezüglern dank der höheren AHV-Rente niedriger ausfallen würden.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre in nächster Zeit nicht notwendig. Ab 2030 betragen die Mehrkosten voraussichtlich 5,5 Milliarden Franken, doch auch dafür gibt es eine Lösung. Nun raten aber Bundesrat und Parlament den Stimmbürgern, die «AHVplus»-Initiative abzulehnen, da eine Erhöhung der AHV-Renten nicht finanzierbar sei!

Die geplante Altersreform 2020

Die Sozialkommissionen des National- und Ständerates haben schon eine neue Vorlage des Bun-

desrates vorbereitet, die sogenannte Altersreform 2020, ein rigoroses Sparprogramm. Der Vorschlag der Nationalratskommission ist gravierender als die Version des Ständerates. Doch beide Kommissionen planen zahlreiche unsoziale Sparmassnahmen, die für die Bevölkerung einschneidende Konsequenzen haben werden: Stufenweise Erhöhung des AHV-Alters auf 67 Jahre für Mann und Frau, Kürzungen der Witwen- und Kinderrenten, Altersrenten einfrieren und Mehrwertsteuer sowie Lohnprozente erhöhen.

Diese Massnahmen ergeben einen realen Sozialabbau, die Gewerkschaften sprechen von einem Rentenmassaker. Die Reform wird hauptsächlich von der SVP, der FDP und den Grünliberalen unterstützt. Die Altersreform 2020 soll der Bevölkerung erst Ende September, nach dieser Abstimmung, detailliert präsentiert werden!

Diese massiven Verschlechterungen, die uns alle betreffen, sollte das Stimmvolk entschieden ablehnen und dafür der «AHVplus»-Initiative zustimmen! Nur so kann die unsoziale Altersreform 2020 verhindert werden!

Sonst wird wieder einmal auf dem Rücken der Schwächsten gespart, **die lebenslänglich gearbeitet haben und nun mit einem entsprechend knappen Budget auskommen müssen.**

Andere Sparmassnahmen

Der Bund hat sicher noch viele andere Möglichkeiten, wirkungsvoll zu sparen. **Ein Beispiel sind die Asylkosten, die ständig ansteigen und von Bundesrat und Parlament nie in Frage gestellt werden.** Auch bei der Entwicklungshilfe könnte gekürzt werden, da diese Gelder öfters in den Taschen korrupter Beamter des jeweiligen Entwicklungslandes versickern. Und wozu bezahlen wir regelmässig die horrenden Kohäsionsbeiträge für die EU-Länder und all die weiteren Abgaben an die EU? **Hat ein Staat nicht in erster Linie die Pflicht, für seine eigenen Bürger zu sorgen, dass sie in Würde alt werden können, anstatt Unmengen von Geld ins Ausland zu verschleudern?**

Wir Schweizer Demokraten sagen am 25. September Ja zur Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV», weil wir für soziale Gerechtigkeit sind!

Eine zielgerichtete Förderung erneuerbarer Energien ist für die Umsetzung der Energiewende von elementarer Bedeutung. Ja zur Volksinitiative für eine grüne Wirtschaft!

Wie einst bei der 68er-Bewegung

Vor Kurzem publizierten die Medien, dass offenbar Privatpersonen heimlich Asylbewerber über die Grenze schmuggeln. Als die Polizei dann sogar eine Tessiner Kantonalpolitikerin bei ihrer Tätigkeit erwischt, wurde das Thema zur Schlagzeile. **Zu Recht muss nun die angesprochene SP-Grossrätin Lisa Bosia Mirra mit einer Strafanzeige rechnen.** Überhaupt beginnen jetzt plötzlich die rot-grünen Parteien, die verantwortlichen Behörden zu kritisieren. Noch vor Jahresfrist überboten sich gewisse Exponenten mit Lobeshymnen. Die Betreuung der Flüchtlinge und die Bearbeitung der Gesuche erfolgte kompetent und auch effizient, sodass an ein Chaos nicht zu denken ist. Sprach man von exorbitanten Zahlen, folgten sogleich verhöhnende Kommentare. Tatsächlich haben die Gesuchszahlen etwas abgenommen, **wobei weiterhin von einer ausserordentlichen Situation gesprochen werden muss.**

Das Grenzwachkorps greift zurzeit zahlreiche illegal eingereiste Migranten auf und bringt diese zurück an die Grenze. Lisa Bosia Mirra hat somit indirekt die Arbeit der staatlichen Institutionen zunichte gemacht.



SP-Grossrätin Lisa Bosia Mirra (Bild) macht indirekt die Arbeit staatlicher Institutionen zunichte.

Für diesen Sabotageakt gratuliert ihr die junge Parteikollegin Tamara Funicello, die neu gewählte Präsidentin der Jungsozialisten. Sie hatte sichtlich Freude an der Aktion und rief dazu auf, es ihrer Mitgenossin gleich zu tun.

Destruktiv und anarchistisch

Solche Taten und erst recht entsprechende aktive Aufforderungen sind von anarchistischem Gedankengut geprägt. Dabei liegt das Ziel im Zerschlagen sämtlicher vorhandener Infrastrukturen. Diese Art von Radikalismus ist keineswegs ein neues Phänomen. **Vielmehr spiegelt sich darin die destruktive Ideologie der 68er-Bewegung.** In

den 60er-Jahren demonstrierten und randalierten Studenten auf den Strassen Europas und wollten aus dem Staat «Gurkensalat» machen. Es trifft durchaus zu, dass diese Epoche für die moderne Gegenwart auch von grosser Wichtigkeit war. **Gleichzeitig entstanden allerdings Visionen, die alle vorhandenen Werte und Traditionen beseitigen wollten.**

Die Nationalität mit ihrer staatlichen Ordnung, einheimische Kultur und Brauchtum oder die traditionelle Familie stellte für diese revolutionären Jugendlichen ein schlimmes Übel dar.

Man sah darin den Kern aller angeblichen Diskriminierungen. Danach wurden die jungen Studenten älter und machten steile berufliche Karrieren, **sodass sie unter anderem später in Universitäten und Fachhochschulen als Dozenten anzutreffen waren.** Andere bekleideten wichtige Positionen in der Politik, der Wirtschaft, den Medien und der Kultur. Die späteren Studenten kamen in der Universität mit diesen Leuten in Kontakt.

Das Gedankengut der Revoluzzer wurde gefestigt und immer weiter bis in die Gegenwart überliefert, was nun bei Politikern wie Tamara Funicello zu erkennen ist.

Betrachtet man die heutige «68er-Bewegung», **so unterscheiden sich nur die etwas moderneren Parolen. Heute spricht man beispielsweise von «no borders, no nations» (englisch für «keine Grenzen, keine Nationen») oder Genderismus.** Diese destruktive «Gurkensalat-Ideologie» bleibt aber dieselbe.

Adrian Pulver, Gemeinde- und Stadtratskandidat, SD-Zentralsekretär, Bern



Kanton Bern



Gemeinderatswahlen vom 27. November 2016:

SD stellen mit Adrian Pulver eigenen Kandidaten

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern kündigen hiermit ihren Wahlvorschlag für die Berner Stadtregierung an und schicken den 33-jährigen Sektionspräsidenten Adrian Pulver ins Rennen um einen Gemeinderatssitz. Er ist gelernter kaufmännischer Angestellter und hat sich danach zum dipl. Kaufmann HWD weitergebildet. Seit Oktober 2011 arbeitet Adrian Pulver als vollamtlicher Zentralsekretär der schweizerischen Gesamtpartei und bekleidet auch die Funktion des Chefredaktors der Parteizeitung «Schweizer Demokrat».



Im Gemeinderat würde er sich unter anderem für die Fixierung der Bauzonen auf dem heutigen Stand und für eine strengere Integrationskontrolle (mehr verbindliche an die Aufenthaltbewilligung gekoppelte Vereinbarungen) einsetzen.

Zudem befürwortet er höhere Subventionen für traditionelle Vereine (Turnvereine sowie Musik- und Schützengesellschaften). Der städtische Parteivorstand ist der Überzeugung, in der Person von Adrian Pulver den geeigneten Vertreter für die Berner Exekutive vorweisen zu können.

Roland Walpert,
Vizepräsident SD Stadt Bern,
Bolligen

Nachrichtendienst hat genügend Befugnisse

Wir stimmen über ein Gesetz ab, das den Nachrichtendiensten weitere Befugnisse geben will. Meine Meinung ist, dass die Nachrichtendienste nicht ausgebaut werden müssen. **Diese zusätzlichen Befugnisse sind nicht im Interesse des normalen Bürgers.**

Willkürgefahr und wenig Nutzen

Die Regierung sagt, sie wolle auf diese Weise Terrorismus verhindern. Die wirklichen Profis bei den Terroristen hinterlassen wenig Spuren, nur die sogenannten «lonely wolves», sogenannte Einzeltäter, könnte man vielleicht frühzeitig ausfindig machen, **wobei wenn einer schlau ist, nützt auch jede Überwachung nichts.**

Wenn man gefährliche Personen überwachen will, was durchaus Sinn machen kann (in speziellen Fällen wie beim organisierten Verbrechen), dann soll die Polizei dies tun. Die Polizei muss nach definierten, rechtsstaatlichen Metho-

den vorgehen. **Der potenzielle Verbrecher darf jedoch nicht der Willkür zum Opfer fallen.** Eine gut geführte Polizei hat viele Mittel, um gegen das Verbrechen vorzugehen, es braucht keinen Geheimdienst. Die Regierung will mit Trojanern bei Privatpersonen in den Computern eindringen. Bedeutende Unternehmen im Sicherheitsbereich sagen, das sei sehr schlecht, das zerstöre ihre Sicherheitsarchitektur. Es ist wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit bis das auch Verbrecherorganisationen ausnutzen können.

Fazit

Beim Nachrichtendienst gibt es durchaus sinnvolle Aufgaben wie der militärische Nachrichtendienst. **Das neue Gesetz gäbe den Nachrichtendiensten aber zu viele Befugnisse, welche destruktiv, eventuell sogar gefährlich, sein können.**

Walter Huber, Basel

Juristischer Interpretationssalat

Die Völkerrechtsinitiative der SVP wird das Bundesgericht nicht daran hindern, Menschenrechte höher zu gewichten als Schweizer Gesetz! Neben einem erheblichen Imageschaden für die Schweiz hätte der Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zur Folge, dass Bundesgerichtsentscheide nicht mehr nach Strassburg weitergezogen werden könnten. Dennoch könnte sich die Schweiz selbst nach einer Kündigung der EMRK nicht um die Einhaltung menschenrechtlicher Bestimmungen foutieren (Blödsinn – wie wenn wir hier für die Menschenrechte ein weisser Fleck auf der Globalkarte wären). Der Völkerrechtler Daniel Thürer stellt hier selbst einen Widerspruch in der SVP-Initiative fest. **Diese sehe vor, dass völkerrechtliche Verträge, die dem Referendum unterstanden haben, für die Gerichte in der Schweiz massgebend bleiben.** Der UNO-Pakt gälte weiterhin.

Selbst wenn die Schweiz die 1974 ratifizierte EMRK kündigen würde, gälten die dort festgeschriebenen Menschenrechte weiterhin und das Bundesgericht müsste dies berücksichtigen.

Und es geht noch konfuser weiter: **Gemäss der Initiative habe ein referendumsfähiger völkerrechtlicher Vertrag die gleiche direktdemokratische Legitimation wie ein Bundesgesetz. Das Bundesgericht müsste sich deshalb auch künftig an völkerrechtliche Bestimmungen halten, selbst wenn diese gegen die Bundesverfassung verstossen, sagt SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt.** In welche Gehirnwachmaschine ist denn der SVP-



Das Bundesgericht in Lausanne sollte bei seiner Arbeit immer primär die Bundesverfassung und nicht internationale Rechtsgrundlagen berücksichtigen.

Professor da gestürzt? Jetzt sehen sie also plötzlich ein paar exotische Bäume und meinen, deshalb gelte der ganze eigene Wald nicht mehr?!

Menschenrecht und Völkerrecht

1. Menschenrechte: Wir sind hier auch Menschen, **wir haben unsere eigenen (nicht von elitären Diktatoren gemachten) Gesetze – unsere Menschenrechte! Das ist primär unsere Bundesverfassung.** Hätten alle Menschen auf der ganzen Welt als Schutz Grundgesetze wie unsere Bundesverfassung und würden diese erst noch durchgesetzt, würde es auch allen viel besser gehen. Man lese doch einfach einmal unsere Bundesverfassung.

2. Völkerrecht: Als Volk sind wir uns selbst am nächsten. **Unser Völkerrecht beziehungsweise unser Volksrecht ist – noch einmal – die Bundesverfassung.** Ein uns fremdes Völkerrecht beziehungsweise deren Instanzen sollen also die Kompetenz erhalten, (unser) Völkerrecht ausser Kraft zu setzen. **Damit wäre die ganze direkte**

Demokratie, der Rechtsstaat, grundsätzlich in Frage gestellt!

Bundesgericht und Masseneinwanderungsinitiative

Nun folgt ein weiteres Beispiel einer konfusen juristischen Wahrnehmung. Die Masseneinwanderungsinitiative – auch dort seien Bundesrat und Parlament darauf angewiesen, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU neu auszuhandeln. Die EU zeigt sich dazu jedoch nicht bereit (anständige Partnerschaft scheint nicht zu deren Strategien zu gehören...), sodass der Bundesrat eine einseitige Umsetzung erwägt (muss er auch). – Und jetzt kommt das Wesentliche: **Das Bundesgericht hat im November festgehalten, dass es dann dem Personenfreizügigkeitsabkommen den Vorrang geben würde... Unser Bundesgericht als freier Selbstläufer – glaubt, wählen zu können, welche Gesetze hier in Anwendung kommen sollen und welche nicht. Wenn sich das Bundesgericht selber nicht mehr an die eigenen gültigen Gesetze, primär die Bundesverfas-**

sung, hält, qualifiziere ich dies persönlich als schwerwiegendsten vorsätzlichen Landesverrat!

Irgendwelche, ist nämlich egal wie wichtig, vom Bundesrat in verantwortungsloser Gefallsucht gegenüber den neuen Machthabern in Europa unterzeichnete Abkommen und Verträge sollen unsere Bundesverfassung jederzeit und in jedem Umfang entwerten können?!

Landesrecht stärken – Unabhängigkeit erhalten

Man muss es nochmals erwähnen: Wir sind hier selber Menschen und ein Volk, wenn wir genau wollen sogar mehrere Völker (im Hinblick auf die Geschichte der zusammengewachsenen Eidgenossenschaft) – und wir werden unsere Rechte verteidigen, solange wir noch können! **Auch gegen vorsätzlichen oder nur verwirrt dümmlich gesetzten Verrat beziehungsweise juristische Halluzinationen werden wir uns wehren.** Der Rechtsstaat als Spielfeld juristischer Konfusionen – daraus wird in den verwirrten Köpfen die «Halluzi-Nation». Und nun sprechen wir nochmals über die Menschenrechte:

Eines unserer primären Menschenrechte ist die Selbstbestimmung, die Antipode von Diktatur und Faschismus jeglicher Art.

Und dieses Menschenrecht, diese Selbstbestimmung und Unabhängigkeit steht in unserer Bundesverfassung. Verteidigen wir endlich deutlich und effizient unser Grundrecht!

*Alexander Steinacher,
Thalwil*

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **SD Schweiz: Ordentliche Mitgliederversammlung (Herbst-Versammlung),** Samstag, 22. Oktober 2016, 10.30 bis 15.00 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winklerried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

 **SD Stadt Bern: Höck** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 5. Oktober 2016, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

**Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch**

Halal-Fleisch für arabische Touristen



Margrit Neukomm, Stadtratskandidatin, Zentralvizepräsidentin, Bern

Interlaken Tourismus bietet seit 2011 auf der MS Iseltwald spezielle «Halal Barbecue Cruises» für reiche islamische Touristen an. Die muslimischen Gäste werden mit Halal-Grillspießchen und weiteren Halal-Delikatessen verwöhnt, während sie die grandiose Kulisse des Brienersees im Abendlicht geniessen. Infolge der grossen Nachfrage fanden diese Kreuzfahrten dieses Jahr sogar zweimal pro Woche statt. **Halal-Fleisch ist zertifiziertes Fleisch von Tieren, die nach islamischen Recht und Brauch geschlachtet wurden. Das Schweizer Stimmvolk hat die Volksinitiative der Deutschschweizer Tierschutzvereine für ein Schächtverbot bereits 1893, mit 60,1% Ja-Stimmen, angenommen.** Die ansässigen Juden erhielten jedoch vom Bundesrat Kontingente für die Einfuhr von koscherem Fleisch aus dem Ausland.

Was bedeutet Halal?

Immer mehr anspruchsvolle arabische Touristen besuchen unser Land und wünschen auch hier nach ihren muslimischen Regeln empfangen zu werden. **Ihre wichtigste Forderung ist, dass ihnen Halal-Fleisch serviert wird.** Gemäss dem islamischen Recht, welches im Koran festgelegt ist, bedeutet Halal «erlaubt, zulässig, gestattet». Dagegen heisst Haram «verboten», dazu zählt Alkohol, Schweinefleisch, Blut und der Verzehr von Fleisch von verendeten Tieren. **Das Fleisch muss deshalb von Schlachttieren stammen, denen ohne Betäubung die Halsschlagader sowie die Speise- und Luftröhre durchtrennt wurde, ausgeführt von einem muslimischen Metzger.** Nach islamischen Vorstellungen ist dies die schonendste und schmerzloseste Methode, ein Tier zu töten!



Die Grossmetzgerei Sila erfüllt beim Schlachten des Tieres die Halal-Bedingungen. Wollen wir wirklich solche Kompromisse zulasten des Tierschutzes eingehen?!

In der Schweiz herrscht zwar Glaubensfreiheit, doch verbietet unser Tierschutzgesetz das betäubungslose Schlachten von Säugetieren, weil es grausam und tierquälerisch ist. Leider gilt dies (noch) nicht für Geflügel.

Kompromiss für muslimische Touristen

Findige Geschäftsleute haben nun einen Kompromiss gefunden, wie die Hotels und Restaurants von Interlaken und weiteren Touristenorten mit Halal-Fleisch versorgt werden können.

Die Grossmetzgerei Sila in Buckten (BL), beliefert von Berner Viehhändlern, betäubt Kühe, Schafe und Ziegen mit einem Stromschlag. Danach schneidet ein muslimischer Metzger ihnen den Hals durch und lässt sie ausbluten.

So wird den islamistischen Vorschriften Genüge getan, weil das Tier ja noch lebt. Sein Fleisch gilt somit als halal, was die meisten moderaten Muslime akzeptieren. **Zusätzlich importiert die Schweiz ein vom Bundesrat festgelegtes Kontingent an echtem Schächtfleisch, von einer Grossmetzgerei in Besançon, Frankreich.** Dort lässt man die Tiere ohne Betäubung ausbluten.

Halal als Qualitätsgarantie

Die Hotels und Restaurants in Interlaken bieten eine grosse Auswahl an Halal-Menüs an. Man findet auf der Internetseite «www.interlakenforarabs.com» ein riesiges Angebot. Folgende Bedingungen sind zu berücksichtigen:

Halal-taugliche Nahrungsmittel müssen frei von ethischen Verunreinigungen sowie von gefährlichen und giftigen Stoffen sein.

Schweizer Käse ist nicht halal sondern haram, da das Lab dafür von islamisch geschlachteten Tieren stammen muss. Die Regeln für Halal-Essen sind kompliziert, doch immer mehr Schweizer Firmen wie Nestlé, Nespresso, Emmi und Nutriswiss bieten für den Export zahlreiche Produkte mit Halal-Zertifikat an, zum Beispiel Schokolade, Milchpulver, Babynahrung usw.

Jährlich steigt die Zahl der Touristen aus den Golfstaaten, meist kommen ganze Familiengruppen samt Personal und geben viel Geld aus.

«Schweiz Tourismus» hat deshalb eine Broschüre für Hoteliers mit Tipps für den Umgang mit arabischen Touristen herausgegeben. Es wird empfohlen, Halal-Speisen

anzubieten und während des Ramadan einen speziellen Mahlzeiten-Nachtservice einzurichten. Bei Ausflügen müssten die Gebetszeiten berücksichtigt werden. Zudem seien kritische Kommentare über den Islam zu vermeiden. Gemäss einer Umfrage haben muslimische Touristen folgende Wünsche: **Halal-Lebensmittel mit Garantiezertifikat sowie arabische Fernsender und Schwimmbäder, die nach Geschlechtern getrennt sind.**

Halal-Fleisch aus schweizerischer Produktion?

Auch die in der Schweiz lebenden 500'000 Muslime würden gerne Halal-Produkte kaufen, der Markt dafür wächst und floriert.

Schon gibt es Stimmen, die sich dafür einsetzen, dass vermehrt Halal-Fleisch angeboten werden soll, das aus schweizerischer Produktion stammt und nicht aus dem Ausland.

Mit dem Kompromiss der Betäubung der Schlachttiere mittels Elektroschock, wie es die Metzgerei Sila handhabt, wäre das möglich. Doch wer weiss, ob die Tiere wirklich bewusstlos sind und nichts vom schmerzhaften Halschnitt spüren? Wollen wir den Muslimen und ihren Regeln so weit entgegenkommen? «Schweiz Tourismus» will noch mehr Halal-Produkte anbieten, nach dem Vorbild von Interlaken, um die millienschweren Gäste anzulocken. Auch das Burkaverbot ist kein Thema, wirtschaftliche Überlegungen sind für die Touristenbranche zu wichtig!

Die Meinungen darüber sind geteilt, doch für viele bedeutet dies bereits eine schleichende Islamisierung, was zweifellos zutrifft. Solche Tendenzen werden die Schweizer Demokraten (SD) nicht ohne Weiteres hinnehmen.

**Aufgepasst:
SD nicht ins Altpapier werfen!**

Die vereinigte «classe politique» verweigert einhellig die Einführung von Zuwanderungskontingenten. Nun wird der Volksentscheid vollends beerdigt. Die Kündigung der Personenfreizügigkeit bleibt die einzige Lösung.



Discours du 1^{er} août 2016

*Chers membres et sympathisants de notre Parti,
Chers Confédérées,
Mesdames, Messieurs,*

Notre Parti patriotique célèbre le 1^{er} août sous un jour nouveau. Un événement à peine possible pour les mondialistes est survenu, le **peuple anglais s'est dans ce qu'il a de plus authentique prononcé pour la sortie de l'Union européenne.**

Souvenez-vous de l'AELE, Association Européenne de Libre Echange fondée en 1960. L'AELE convenait à la Suisse, elle excluait l'agriculture. C'était le temps de l'Europe des sept pays et l'Europe des six pays, la Communauté économique euro-

péenne, instituée en 1957 par le Traité de Rome.

En 1973, La Grande-Bretagne adhère à la CEE entraînant le Danemark et l'Irlande.

L'AELE est ainsi réduite à une portion congrue. A ce moment commence pour la Suisse les ennuis.

Aujourd'hui le courant s'inverse et cette nouvelle situation aura des conséquences. Célébrons cet événement!

On commence à voir la lumière au bout du tunnel.

Lors du jubilé de notre Parti, j'ai exposé le cas de la Grèce, tout sera bradé.

Dans la «NZZ» du 16 juillet 2016, on apprend que la Grèce vend sa compagnie des chemins de fer à la compagnie italienne «Ferrovie dello Stato» pour 45 millions d'Euro pour satisfaire aux conditions de Bruxelles.

Quelle est belle cette Union européenne!

Cette Union est contre les peuples, le peuple anglais l'a compris. Continuons notre combat pour notre souveraineté.

Michel Dupont, coprésident des DS Suisse, Pully

Consignes de vote pour les votations fédérales du 25 septembre 2016

Oui à l'initiative populaire «Pour une économie durable et fondée sur une gestion efficace des ressources (économie verte)»

Oui à l'initiative populaire «AVSplus: pour une AVS forte»

Non à la loi fédérale sur le renseignement (LRens)

Défendons l'initiative contre l'immigration de masse!

Dans sa séance du 2 septembre 2016, la Commission des institutions politiques (CIP) du Conseil national a proposé un projet d'application de l'initiative. Adopté à 16 voix contre neuf, ce modèle prétend instaurer une «préférence indigène» sur le marché du travail, en faveur des résidents, dont il s'agirait de mieux exploiter le potentiel. **A notre connaissance, ce document n'a pas été rendu public.** Le Conseil national se prononcera le 21 septembre 2016. **L'initiative devra être mise en œuvre d'ici au 9 février 2017.**

A défaut, le Conseil fédéral sera tenu de légiférer par ordonnance. Le temps presse.

Les éléments transmis à la presse par la CIP nous sidèrent par leur docilité (pour ne pas dire leur servilité) à l'égard de l'UE et de l'économie. A deux égards au moins. D'abord, le nouvel article 121a de la Constitution fédérale ne mentionne aucune «préférence indigène», mais consacre *la préférence nationale*. La différence est de taille.

La préférence nationale ne bénéficie en effet qu'à nos compatriotes alors que la «préférence indigène» inclut les étrangers résidents.



L'interprétation de la CIP ne trouve aucun appui dans le texte constitutionnel, qui prévoit de limiter (par des plafonds et des contingents annuels) le nombre des autorisations délivrées pour le séjour des *étrangers* en Suisse; **le critère de différenciation n'est donc pas la différence entre résidents et personnes séjournant à l'étranger, mais entre Suisses et étrangers.** Remplacer un critère par un autre rejoint tant la position du MCG que celle des organisations patronales¹⁾. **C'est se moquer du peuple suisse.**

Ensuite, l'obligation prévue à la charge des employeurs d'annoncer leurs postes vacants aux offices régionaux de placement – et encore seulement en cas de forte tension sur le marché du travail – **n'est pas**

de nature à réduire l'immigration dans une mesure suffisante. Il est piquant de constater qu'une mesure aussi limitée suffit à susciter l'ire de certains europhiles ultra-libéraux, comme le Prof. A. Auer, bien connu de notre Parti pour ses positions hostiles aux nôtres.

Pour nous, on peut discuter d'introduire cette obligation indépendamment même du débat sur l'initiative, le cas échéant en différenciant les situations.

Nous ne devons toutefois pas oublier que, selon le projet de la CIP, **l'employeur resterait libre d'embaucher qui il veut, donc de mettre un Suisse au chômage en donnant du travail à un étranger.** A l'inverse, l'employeur courageux

qui, faisant preuve d'esprit citoyen, déciderait par avance de recruter l'un de nos compatriotes, pourrait se voir contraint à des démarches administratives inutiles. C'est dire les limites de l'exercice et la désinvolture de la majorité de la commission. **Bref, on brasse de l'air en faisant croire que l'on s'occupe des problèmes.**

Il y aurait bien d'autres choses à dire encore, par exemple en ce qui concerne les ressortissants d'États tiers (extra-européens), dont on parle étonnamment peu. Des mesures ont certes été prises à l'égard de ce cercle de personnes, mais il faut faire davantage. **Nous n'avons donc pas fini de nous occuper de la votation du 9 février 2014.** Car les choix qui seront faits en la matière s'avèreront capitaux pour notre avenir. Si seulement nous avions toujours un groupe parlementaire!

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

¹⁾ Voir en particulier: Centre patronal vaudois, service d'information, Conséquences de l'initiative contre l'immigration de masse: quelques propositions, 17 mars 2014, N° 2979, lettre g. Cette interprétation prétend s'appuyer sur la teneur allemande de l'article 121a de la Constitution fédérale.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat

Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 25. September 2016

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 25. September 2016 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»:

Diese Initiative verlangt, dass der Bund eine ressourceneffiziente Wirtschaft anstrebt. Dabei entscheidet er regelmässig, ob verbindlich festgelegte Ziele erreicht wurden oder allenfalls zusätzliche Massnahmen nötig sind. **Der Grundsatz der betrieblichen Selbstverantwortung hat somit Priorität.** Lediglich als zweite Möglichkeit soll der Bund neue Lenkungsinstrumente zugunsten umweltschonender Energiequellen einführen oder bestehende Mechanismen verstärken. **Die Schweizer Demokraten (SD) sehen in diesem Anliegen eine minimale Notwendigkeit, um die langfristige Energiewende umzusetzen.** Die Förderung erneuerbarer Energien ist zwingend zentral zu koordinieren.

Wenn man Forschung und Innovation vorantreibt, kommt dies der aufstrebenden Cleantech-Branche zugute, sodass nachhaltige Arbeitsplätze bei einheimischen Unternehmungen entstehen oder gesichert werden.

Da diese Initiative konkret auch den ökologischen Fussabdruck (Gesamtverbrauch) der Schweiz reduzieren will, **wird indirekt Druck auf die hohe Zuwanderung gemacht.** Deshalb haben die SD zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Ja zur Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»:

Das Anliegen will, dass alle Bezüger von Altersrenten einen Zuschlag von 10% erhalten. Etliche Personen besitzen keine Pensionskasse und bekamen zeitlebens nur einen geringen Arbeitslohn, sodass auf eine freiwillige Vorsorge (3. Säule) verzichtet wurde. **Der Beginn des Rentenalters ist oftmals mit starken finanziellen Einbussen verbunden. Zugleich bestehen gleichbleibende Aufwände wie der Wohnungszins oder die Prämie der Krankenversicherung, welche ohnehin jährlich ansteigt.**



Solarenergie hat für die Energiewende eine wichtige Bedeutung.

Eine höhere AHV-Rente gleicht zudem den ständig sinkenden Mindestumwandlungssatz bei der 2. Säule aus. Dieser hätte sonst bis zu 20% tiefere Gesamrenten zur Folge.

Für die Schweizer Demokraten (SD) ist die Initiative eine wichtige Massnahme gegen die unsoziale Altersreform 2020. Damit soll etwa das Rentenalter auf 67 Jahre angehoben und die Mehrwertsteuer erhöht werden. Die «AHVplus»-Initiative kann lediglich mit zusätzlich je 0,4% Bruttolohnabzug vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert werden. **Seit Einführung der AHV im Jahr 1948 wurden die Lohnabzüge nie erhöht.** Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG):

Mit diesem Gesetz soll der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zusätzliche Rechte erhalten. Es trifft grundsätzlich zu, dass eine gewisse Überwachung die Sicherheit in einer Gesellschaft verbessern kann. **Mit dieser Reform überschreitet man jedoch gefährliche Grenzen der persönlichen Freiheit.** Bisher hatte der Nachrichtendienst bei seiner Suche nach Informationen bewusst begrenzte Möglichkeiten. Diese will

der Bund nun erweitern, **sodass zukünftig ausgeprägte Überwachungsmaßnahmen von unschuldigen Privatpersonen durchgeführt werden könnten.**

Die Kommunikation im Internet dürfen Ermittler mithilfe von Stichwörtern scannen. Hierbei kämen auch irrelevante Zufallsdaten zum Vorschein, was die Gefahr einer missbräuchlichen Verwendung erhöhen würde.

Vor vielen Jahren gab es bereits Fichen von zahlreichen unbescholtenen Bürgern. Des Weiteren könnte man Telefone abhören, Räume verwanzen und Computersysteme manipulieren.

Die intensivere Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten gefährdet ausserdem unsere Neutralität.

Für die Schweizer Demokraten (SD) sind die Befugnisse der Bundesanwaltschaft und der polizeilichen Behörden ausreichend. **Dagegen müssten gezielte Kontrollen von islamischen Gemeinden und externen Institutionen stattfinden.** Da dieses Nachrichtendienstgesetz die Privatsphäre der Bürger massiv beeinträchtigt, haben die SD die Nein-Parole beschlossen.

SD-Zentralvorstand